

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2022/205034]

25. AUGUSTUS 2022 — Erlass der Regierung zur Festlegung von Maßnahmen zur Vorbeugung der Ausbreitung des Coronavirus (COVID-19)

Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Aufgrund des Dekrets vom 1. Juni 2004 zur Gesundheitsförderung und zur medizinischen Prävention, Artikel 10.4.1 Absatz 1, eingefügt durch das Dekret vom 10. Dezember 2020 und abgeändert durch das Dekret vom 29. Oktober 2021, Artikel 10.6.1, eingefügt durch das Dekret vom 26. April 2021 und abgeändert durch das Dekret vom 15. Dezember 2021 und Artikel 10.6.3, eingefügt durch das Dekret vom 29. Oktober 2021;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 21. Januar 2021 zur Festlegung von Maßnahmen zur Vorbeugung der Ausbreitung des Coronavirus (COVID-19);

Aufgrund der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973, Artikel 3 § 1;

Aufgrund der Dringlichkeit;

In der Erwägung, dass die Dringlichkeit dadurch begründet ist, dass die Lockerung der Isolations-, Quarantäne-, und Testungspflicht mit einer Ausweitung der Grundrechte verbunden ist und es daher dringend erforderlich ist diese individuellen Freiheiten schnellstmöglich umzusetzen; dass gewisse Maßnahmen trotz der Entspannung aus Gründen der Pandemiebekämpfung aufrechterhalten werden müssen; dass die Notwendigkeit, Maßnahmen zu erwägen, die möglichst adäquat auf die sich schnell entwickelnde epidemiologische Ausgangssituation angepasst sind, es erfordert, Entscheidungen auf der Grundlage möglichst aktueller Daten zu treffen; dass die epidemiologische Situation auf dem deutschen Sprachgebiet es erfordert, weiterhin bestimmte Maßnahmen zum Schutz der Volksgesundheit, zur Vermeidung einer Überlastung des Gesundheitswesens und zur Aufrechterhaltung des sozialen Lebens unter möglichst sicheren Bedingungen zu ergreifen; dass die Maskenpflicht in Anwendung von Artikel 3.8 Absatz 3 des Erlasses der Regierung vom 21. Januar 2021 zur Festlegung von Maßnahmen zur Vorbeugung der Ausbreitung des Coronavirus (COVID-19) bis Ende August 2022 befristet ist; dass es zum Schutz besonders verletzlicher Bevölkerungsgruppen und von Fachkräften der Gesundheitsberufe dringend erforderlich ist, die Maskenpflicht für einen weiteren begrenzten Zeitraum zu verlängern;

In der Erwägung, dass die Verabschiedung des vorliegenden Erlasses aus vorstehenden Gründen keinen Aufschub mehr duldet;

Auf Vorschlag des Ministers für Gesundheit;

Nach Beratung,

Beschließt:

Kapitel 1. — Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1 - Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses versteht man unter:

1. Dekret: das Dekret vom 1. Juni 2004 zur Gesundheitsförderung und zur medizinischen Prävention;
2. PCR-Test: ein molekularer Nukleinsäure-Amplifikationstest, wie etwa Verfahren der Reverse-Transkriptase-Polymerase-Kettenreaktion (RT-PCR), der schleifenvermittelten isothermalen Amplifikation (LAMP) und der transkriptionsvermittelten Amplifikation (TMA), die zum Nachweis des Vorhandenseins der SARS-CoV-2-Ribonukleinsäure (RNS) verwendet werden;
3. Antigen-Test: auch RAT genannt, ein Test, der auf dem Nachweis viraler Proteine (Antigene) unter Verwendung eines Immuntests mit Seitenstrom-Immunoassay beruht, der in weniger als 30 Minuten zu Ergebnissen führt;
4. Gebiet mit sehr hohem Risiko: ein Gebiet, das von der zuständigen föderalen Behörde als Gebiet mit sehr hohem Risiko ausgewiesen ist, weil dort eine besorgniserregende Variante für einen beträchtlichen Anteil der Infektionen mit dem Coronavirus (COVID-19) verantwortlich ist oder im Verdacht steht, dafür verantwortlich zu sein;
5. besorgniserregende Variante: eine Variante des Coronavirus (COVID-19), die von der Weltgesundheitsorganisation als besorgniserregende Variante eingestuft wurde;
6. Maske: Maske ohne Ausatemventil aus Stoff oder Einwegmaterial, die eng am Gesicht anliegt, Nase, Mund und Kinn bedeckt und deren Zweck es ist, eine Infizierung durch Kontakt zwischen Personen zu vermeiden.

Kapitel 2. — Isolations- und Quarantänepflicht

Art. 2 - Die Bestimmungen des vorliegenden Kapitels gelten unbeschadet etwaiger aufgrund von Artikel 10.3 des Dekrets ergriffener Maßnahmen.

Art. 3 - § 1 - In Anwendung von Artikel 10.6.1 § 1 des Dekrets hat sich jede Person, bei der eine Infektion mit dem Coronavirus (COVID-19) nachgewiesen wurde oder bei der ein Arzt den ernsthaften Verdacht hat, dass sie mit dem Coronavirus (COVID-19) infiziert ist, unverzüglich an ihrem Hauptwohnsitz oder an einem anderen angemessenen Ort für die in Absatz 2 erwähnte Dauer zu isolieren.

Die Dauer der in Absatz 1 erwähnten Isolation beträgt:

1. wenn Symptome für das Coronavirus (COVID-19) vorliegen: mindestens sieben Tage nach erstem Auftreten der Symptome, vorausgesetzt die letzten drei Tage gingen mit einer Verbesserung der Atemwegssymptome und ohne Fieber einher;
2. wenn keine Symptome für das Coronavirus (COVID-19) vorliegen: sieben Tage ab dem Datum eines durch einen in Artikel 1 Nummer 2 oder 3 definierten Test ermittelten positiven Testergebnisses einer Infektion mit dem Coronavirus (COVID-19).

§ 2 - Die in § 1 erwähnten Personen werden von der dort vorgesehenen Verpflichtung, sich zu isolieren, freigestellt, um folgende notwendige Tätigkeiten zu verrichten, die nicht bis nach Beendigung der Isolation aufgeschoben werden können:

1. Fahrten im Zusammenhang mit dringender medizinischer Versorgung und Zugang zu Medikamenten, die nicht durch einen ärztlichen Hausbesuch abgedeckt werden können;
2. Fahrten für den Kauf von Waren zur Erfüllung von Grundbedürfnissen, vorausgesetzt niemand anders kann diese besorgen und nur in Ausnahmefällen;
3. Fahrten für dringende rechtliche oder finanzielle Angelegenheiten und die Ausübung der elterlichen Gewalt, vorbehaltlich eines Nachweises;
4. Fahrten zur dringenden und notwendigen Versorgung von (Haus-)Tieren, vorausgesetzt niemand anders kann sich darum kümmern;
5. Fahrten im Rahmen einer Beerdigung.

Personen, die für den Zeitraum der in Absatz 1 aufgeführten Tätigkeiten die in § 1 beschriebene Isolation verlassen, sind verpflichtet, eine Maske zu tragen und einen ausreichenden Sicherheitsabstand zu anderen Personen einzuhalten.

Art. 4 - § 1 - In Anwendung von Artikel 10.6.1 § 2 des Dekrets hat sich jede Person, die sich innerhalb der letzten 14 Tage vor ihrer Ankunft in einem Gebiet mit sehr hohem Risiko aufgehalten hat:

1. nach ihrer Ankunft im deutschen Sprachgebiet unverzüglich einem PCR-Test zu unterziehen;
2. unverzüglich an ihrem Hauptwohnsitz oder an einem anderen angemessenen Ort in Quarantäne zu begeben, bis das Testergebnis vorliegt;
3. am siebten Tag nach der Ankunft im deutschen Sprachgebiet einem weiteren PCR-Test zu unterziehen, falls der erste PCR-Test negativ war.

§ 2 - Werden von der Verpflichtung, sich einem PCR-Test zu unterziehen, freigestellt:

1. Personen, die sich aus medizinischen Gründen einem PCR-Test nicht unterziehen können und dies durch ein ärztliches Attest nachweisen;
2. Personen unter 12 Jahren.

Die in Absatz 1 Nummer 1 erwähnten Personen sowie Personen, die einen PCR-Test verweigern, gelten als mit dem Coronavirus (COVID-19) infiziert und sind verpflichtet, sich gemäß Artikel 3 in Isolation zu begeben.

Die in Absatz 1 Nummer 2 erwähnten Personen sind verpflichtet, sich bis zum Vorliegen des Testergebnisses der Personen, unter deren Aufsicht sie während der Reise gestanden haben, unverzüglich in Quarantäne zu begeben.

§ 3 - Unbeschadet des § 2 werden die in § 1 erwähnten Personen von der dort vorgesehenen Verpflichtung der Quarantäne freigestellt, um folgende notwendige Tätigkeiten zu verrichten, die nicht bis nach Beendigung der Quarantäne aufgeschoben werden können:

1. Fahrten im Zusammenhang mit dringender medizinischer Versorgung und Zugang zu Medikamenten, die nicht durch einen ärztlichen Hausbesuch abgedeckt werden können;
2. Fahrten für den Kauf von Waren zur Erfüllung von Grundbedürfnissen, vorausgesetzt niemand anders kann diese besorgen und nur in Ausnahmefällen;
3. Fahrten für dringende rechtliche oder finanzielle Angelegenheiten und die Ausübung der elterlichen Gewalt, vorbehaltlich eines Nachweises;
4. Fahrten zur dringenden und notwendigen Versorgung von (Haus-)Tieren, vorausgesetzt niemand anders kann sich darum kümmern;
5. Fahrten im Rahmen einer Beerdigung.

Personen, die für den Zeitraum der in Absatz 1 aufgeführten Tätigkeiten die in § 1 beschriebene Quarantäne verlassen, sind verpflichtet, eine Maske zu tragen und einen ausreichenden Sicherheitsabstand zu anderen Personen einzuhalten.

§ 4 - Unbeschadet der §§ 2 und 3 werden folgende Personen von der dort vorgesehenen Verpflichtung der Quarantäne freigestellt:

1. Mitglieder der diplomatischen und konsularischen Gemeinschaft, Inhaber eines Amtes, gewählte Vertreter und offizielle Vertreter internationaler Organisationen und Institutionen mit Sitz in Belgien, im Rahmen einer essenziellen Tätigkeit, die nicht aus der Ferne oder per Videokonferenz ausgeübt werden kann;
2. Staats- und Regierungschefs, Regierungsmitglieder, Parlamentsmitglieder und hohe Beamte, diplomatisches, konsularisches und technisches Personal in beruflicher Mission, im Rahmen einer essenziellen Tätigkeit, die nicht aus der Ferne oder per Videokonferenz durchgeführt werden kann;
3. Mitarbeiter einer internationalen Organisation oder von einer solchen Organisation eingeladene Personen, deren physische Anwesenheit für das ordnungsgemäße Funktionieren dieser Organisation erforderlich ist, einschließlich Inspektoren von Kernanlagen;
4. im Güterverkehrssektor tätige Personen im Rahmen der Ausübung ihrer Aufgaben sowie andere im Transportwesen tätige Personen, sofern dies im Rahmen der Ausübung ihrer Aufgaben erfolgt;
5. Seeleute, Schlepperfahrer, Lotsen und Industriepersonal, das in Offshore-Windparks arbeitet, unter der Bedingung, dass sie über eine Bescheinigung ihres Arbeitgebers verfügen.

Um von der Verpflichtung der Quarantäne freigestellt zu werden, unterliegen die erwähnten Personen folgenden Bedingungen:

1. sie weisen keine Krankheitssymptome des Coronavirus (COVID-19) auf;
2. sie leben nicht mit einer an COVID-19 erkrankten Person zusammen;
3. sie beschränken den physischen Kontakt mit anderen Personen auf ein striktes Minimum;
4. sie nutzen keine öffentlichen Verkehrsmittel;
5. sie sind nicht in der Lage, Heimarbeit zu leisten;
6. sie sind verpflichtet, eine Maske zu tragen und einen ausreichenden Sicherheitsabstand zu anderen Personen einzuhalten.

Kapitel 3. — Maskenpflicht

Art. 5 - § 1 - In Anwendung von Artikel 10.6.3 § 1 Absatz 1 Nummer 4 des Dekrets ist jede Person ab dem Alter von 12 Jahren in jedem Fall verpflichtet, in folgenden Einrichtungen beziehungsweise bei der Erbringung folgender Dienstleistungen Mund und Nase mit einer Maske zu bedecken, unbeschadet der Anwendung der §§ 2 und 3:

1. in den Krankenhäusern auf dem deutschen Sprachgebiet;
2. in den Apotheken auf dem deutschen Sprachgebiet;
3. in Arztpraxen und Ärztehäusern auf dem deutschen Sprachgebiet;
4. bei Hausbesuchen und häuslicher Pflege, wenn der Abstand von 1,5 Metern nicht eingehalten werden kann.

§ 2 - Die Maske darf gelegentlich zum Essen und Trinken abgenommen werden und wenn das Tragen aufgrund der Art der Tätigkeit unmöglich ist.

§ 3 - Personen, die aus medizinischen Gründen keine Maske tragen können und dies durch ein ärztliches Attest nachweisen, werden von der Verpflichtung, eine Maske zu tragen, freigestellt. Diese Personen dürfen einen Gesichtsschutzschirm tragen. Ist auch dies aus medizinischen Gründen nachweislich nicht möglich, ist die Person vom Tragen eines Gesichtsschutzschirms befreit.

Art. 6 - Artikel 5 tritt außer Kraft, wenn gemäß Artikel 10.6.3 § 1 Absatz 2 des Dekrets jeder der folgenden Schwellenwerte unterschritten und der in Nummer 4 erwähnte Schwellenwert überschritten wird:

1. ein Inzidenzwert von 100 Neuinfektionen mit dem Coronavirus (COVID-19) pro 100.000 Einwohner über 14 Tage;
 2. ein Anteil positiver Testergebnisse von 3 % ;
 3. eine Belegung von Krankenhausbetten mit Patienten, die wegen einer Infektion mit dem Coronavirus (COVID-19) behandelt werden, von 4,5 Patienten pro 100.000 Einwohner;
 4. eine Durchimpfungsrate von 80 % auf Ebene der Gesamtbevölkerung des deutschen Sprachgebiets.
- Unbeschadet der Anwendung von Absatz 1 tritt Artikel 5 spätestens am 31. Dezember 2022 außer Kraft.

Kapitel 4. — *Schlussbestimmungen*

Art. 7 - Gemäß Artikel 10.6.3 § 1 Absatz 4 Nummer 3 des Dekrets wird der vorliegende Erlass unmittelbar nach seiner Verabschiedung dem Präsidenten des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft übermittelt.

Art. 8 - Der Erlass der Regierung vom 21. Januar 2021 zur Festlegung von Maßnahmen zur Vorbeugung der Ausbreitung des Coronavirus (COVID-19), zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 25. Mai 2022, wird aufgehoben.

Art. 9 - Vorliegender Erlass tritt am Tag seiner Verabschiedung in Kraft.

Art. 10 - Der Minister für Gesundheit wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.
Eupen, den 25. August 2008

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Der Ministerpräsident, Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH

Der Vize-Ministerpräsident, Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen
A. ANTONIADIS

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2022/205034]

25 AOUT 2022. — **Arrêté du Gouvernement fixant des mesures visant à prévenir la propagation du coronavirus (COVID-19)**

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu le décret du 1^{er} juin 2004 relatif à la promotion de la santé et à la prévention médicale, l'article 10.4.1, alinéa 1^{er}, inséré par le décret du 10 décembre 2020 et modifié par le décret du 29 octobre 2021, l'article 10.6.1, inséré par le décret du 26 avril 2021 et modifié par le décret du 15 décembre 2021, et l'article 10.6.3, inséré par le décret du 29 octobre 2021;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 21 janvier 2021 fixant des mesures visant à prévenir la propagation du coronavirus (COVID-19);

Vu les lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973, l'article 3, § 1^{er};

Vu l'urgence;

Considérant que l'urgence est motivée par le fait que les assouplissements en matière d'obligation d'isolement, de quarantaine et de test est liée à un élargissement des droits fondamentaux et qu'il est dès lors urgent de mettre en place rapidement ces libertés individuelles; que, malgré l'amélioration de la situation, certaines mesures doivent être maintenues pour continuer à lutter contre la pandémie; que la nécessité d'envisager des mesures qui soient adaptées de la manière la plus adéquate possible à la situation épidémiologique évoluant rapidement exige de prendre des décisions sur la base des données les plus actuelles possibles; que la situation épidémiologique en région de langue allemande exige de continuer à prendre des mesures spécifiques en vue de protéger la santé publique, d'éviter une surcharge du secteur de la santé et de permettre une reprise de la vie sociale dans les conditions les plus sûres possibles; que l'obligation de port du masque en application de l'article 3 de l'arrêté du Gouvernement du 21 janvier 2021 fixant des mesures visant à prévenir la propagation du coronavirus (COVID-19) est prévue jusqu'à la fin du mois d'août 2022; qu'il faut d'urgence prolonger l'obligation de port du masque pour une période limitée supplémentaire afin de protéger les groupes de population les plus vulnérables et les professionnels des soins de santé;

Considérant que, pour toutes ces raisons, l'adoption du présent arrêté ne souffre aucun délai;

Sur la proposition du Ministre de la Santé;

Après délibération,

Arrête :

Chapitre 1^{er}. — *Dispositions générales*

Article 1^{er} - Pour l'application du présent arrêté, il faut entendre par :

1^o décret : le décret du 1^{er} juin 2004 relatif à la promotion de la santé et à la prévention médicale;

2^o test PCR : test d'amplification des acides nucléiques moléculaires, comme les techniques de réaction en chaîne par polymérase après transcription inverse (RT-PCR), d'amplification isotherme induite par boucle (LAMP) et d'amplification induite par la transcription (TMA), utilisé pour détecter la présence de l'acide ribonucléique (ARN) du SARS-CoV-2;

3^o test rapide de détection d'antigènes : également dénommé RAT, un test qui repose sur la détection de protéines virales (antigènes) à l'aide d'un immunodosage à écoulement latéral qui donne des résultats en moins de 30 minutes;

4^o zone à très haut risque : une zone désignée par le service fédéral compétent comme étant une zone à très haut risque parce qu'un variant préoccupant est à l'origine d'une proportion considérable des contaminations par le coronavirus (COVID-19) ou suspecté de l'être;

5^o variant préoccupant : un variant du coronavirus (COVID-19) classé par l'Organisation mondiale de la santé comme variant préoccupant;

6^o masque : un masque, fait en tissu ou à usage unique, qui n'est pas équipé d'une soupape expiratoire, qui est ajusté sur le visage et couvre le nez, la bouche et le menton, et dont le but est de prévenir une infection par contact entre personnes.

Chapitre 2. — *Obligation d'isolement et de quarantaine*

Art. 2 - Les dispositions du présent chapitre s'appliquent sans préjudice d'éventuelles autres mesures prises en vertu de l'article 10.3.

Art. 3 - § 1^{er} - En application de l'article 10.6.1, § 1^{er}, du décret, toute personne dont la contamination au coronavirus (COVID-19) est avérée ou à l'égard de laquelle le médecin a une forte suspicion d'infection au coronavirus (COVID-19) se place immédiatement en isolement, pendant la durée mentionnée à l'alinéa 2, soit dans sa résidence principale soit dans un autre lieu approprié.

La durée de l'isolement mentionné à l'alinéa 1^{er} est :

1° en présence de symptômes du coronavirus (COVID-19) : de minimum sept jours après l'apparition des symptômes, les trois derniers jours devant être marqués par une absence de fièvre et une amélioration des symptômes respiratoires;

2° en l'absence de symptômes du coronavirus (COVID-19) : de sept jours à partir de la date d'un résultat de test positif à une infection par le coronavirus (COVID-19), déterminé par un test défini à l'article 1^{er}, 2° ou 3°.

§ 2 - Les personnes mentionnées au § 1^{er} sont dispensées de l'obligation de se placer en isolement, prévue dans ce même paragraphe, afin d'accomplir les activités essentielles suivantes, qui ne peuvent être reportées à la fin du délai d'isolement :

1° les déplacements en vue de soins médicaux urgents et de l'accès aux médicaments qui ne peuvent être couverts par une visite médicale à domicile;

2° les déplacements en vue d'acheter des produits de première nécessité, à condition que personne d'autre ne puisse s'en charger et uniquement dans des cas exceptionnels;

3° les déplacements dans le cadre de questions juridiques ou financières à régler d'urgence et de l'exercice de l'autorité parentale, moyennant justification;

4° les déplacements visant à fournir les soins urgents et nécessaires aux animaux (domestiques), si personne d'autre ne peut s'en charger;

5° les déplacements dans le cadre de funérailles.

Les personnes qui quittent l'isolement décrit au § 1^{er} pour le temps des activités énumérées à l'alinéa 1^{er} sont tenues de porter un masque et de maintenir une distance de sécurité suffisante avec les autres personnes.

Art. 4 - § 1^{er} - En application de l'article 10.6.1, § 2, du décret, toute personne qui, dans les quatorze jours précédant son arrivée, a séjourné dans une zone à très haut risque doit :

1° dès son arrivée en région de langue allemande, se soumettre sans délai à un test PCR;

2° se placer immédiatement en quarantaine dans sa résidence principale ou dans un autre lieu approprié jusqu'à ce que le résultat du test soit connu;

3° si le premier test PCR est négatif, se soumettre à un nouveau test PCR le septième jour après son arrivée en région de langue allemande.

§ 2 - Sont dispensées de l'obligation de se soumettre à un test PCR :

1° les personnes qui ne peuvent se soumettre à un test PCR pour des raisons médicales et qui en fournissent la preuve en produisant un certificat médical;

2° les personnes de moins de 12 ans.

Les personnes mentionnées à l'alinéa 1^{er}, 1°, ainsi que celles qui refusent de se soumettre à un test PCR sont considérées comme étant infectées par le coronavirus (COVID-19) et tenues de se mettre en isolement conformément à l'article 3.

Les personnes mentionnées à l'alinéa 1^{er}, 2°, sont tenues de se mettre immédiatement en quarantaine jusqu'à ce que le résultat du test des personnes sous la responsabilité desquelles ils ont été placés pendant le voyage soit connu.

§ 3 - Sans préjudice du § 2, les personnes mentionnées au § 1^{er} sont dispensées de l'obligation de se placer en quarantaine, prévue dans ce même paragraphe, afin d'accomplir les activités essentielles suivantes, qui ne peuvent être reportées à la fin du délai de quarantaine :

1° les déplacements en vue de soins médicaux urgents et de l'accès aux médicaments qui ne peuvent être couverts par une visite médicale à domicile;

2° les déplacements en vue d'acheter des produits de première nécessité, à condition que personne d'autre ne puisse s'en charger et uniquement dans des cas exceptionnels;

3° les déplacements dans le cadre de questions juridiques ou financières à régler d'urgence et de l'exercice de l'autorité parentale, moyennant justification;

4° les déplacements visant à fournir les soins urgents et nécessaires aux animaux (domestiques), si personne d'autre ne peut s'en charger;

5° les déplacements dans le cadre de funérailles.

Les personnes qui quittent la quarantaine décrite au § 1^{er} pour le temps des activités énumérées à l'alinéa 1^{er} sont tenues de porter un masque et de maintenir une distance de sécurité suffisante avec les autres personnes.

§ 4 - Sans préjudice des §§ 2 et 3 sont dispensées de l'obligation de quarantaine prévue dans ces deux paragraphes :

1° les membres de la communauté diplomatique et consulaire, les titulaires d'un mandat, les élus et représentants officiels des organisations et institutions internationales établies en Belgique, dans le cadre d'une activité essentielle ne pouvant être accomplie à distance ou par visio-conférence;

2° les chefs d'État et de gouvernement, membres d'un gouvernement, parlementaires et hauts fonctionnaires, le personnel diplomatique, consulaire et technique en mission professionnelle, dans le cadre d'une activité essentielle ne pouvant être accomplie à distance ou par visio-conférence;

3° les collaborateurs d'une organisation internationale ou les personnes invitées par une telle organisation et dont la présence physique est requise pour le bon fonctionnement de cette organisation, y compris les inspecteurs d'installations nucléaires;

4° le personnel chargé du transport de marchandises et les autres personnes travaillant dans le domaine du transport, qui voyagent dans le cadre de l'exercice de leur fonction;

5° les marins, l'équipage de bateaux remorques et bateaux-pilotes ainsi que le personnel industriel employé dans les parcs éoliens offshore, à condition qu'ils disposent d'une attestation de leur employeur.

Pour être dispensées de l'obligation de quarantaine, les personnes mentionnées répondent aux conditions suivantes :

- 1° elles ne présentent aucun symptôme du coronavirus (COVID-19);
- 2° elles ne vivent pas avec une personne malade de la COVID-19;
- 3° elles limitent les contacts physiques avec d'autres personnes au strict minimum;
- 4° elles n'utilisent pas les transports en commun;
- 5° elles ne peuvent pas télétravailler;
- 6° elles sont tenues de porter un masque et de maintenir une distance de sécurité suffisante avec les autres personnes.

Chapitre 3. — *Obligation du port du masque*

Art. 5 - § 1^{er} - En application de l'article 10.6.3, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 4^o, du décret et sans préjudice de l'application des §§ 2 et 3, toute personne, à partir de l'âge de 12 ans, est en tout cas tenue de couvrir sa bouche et son nez avec un masque dans les bâtiments ci-après ou lors de l'accomplissement des prestations suivantes :

- 1° dans les hôpitaux de la région de langue allemande;
- 2° dans les pharmacies de la région de langue allemande;
- 3° dans les maisons et cabinets médicaux de la région de langue allemande;
- 4° lors des visites et des soins de santé à domicile si la distance d'1,5 m ne peut être respectée.

§ 2 - Le masque peut être retiré à l'occasion pour manger et boire et lorsque son port est impossible en raison de la nature de l'activité.

§ 3 - Les personnes qui ne peuvent porter un masque pour des raisons médicales et qui en fournissent la preuve en produisant un certificat médical sont dispensées de l'obligation de porter un masque. Ces personnes peuvent porter une visière. Si ce port n'est pas non plus possible pour des raisons médicales attestées, la personne en est dispensée.

Art. 6 - L'article 5 cesse d'être en vigueur dès que, conformément à l'article 10.6.3, § 1^{er}, alinéa 2, du décret, chacun des seuils suivants n'est plus atteint et que celui mentionné au 4^o est dépassé :

- 1° un taux d'incidence des nouvelles infections au coronavirus (COVID-19) égal à 100 pour 100 000 habitants sur une période de quatorze jours;
 - 2° un taux de positivité aux tests égal à 3 % ;
 - 3° un taux de remplissage des lits hospitaliers occupés par des patients traités pour une infection au coronavirus (COVID-19) égal à 4,5 pour 100 000 habitants;
 - 4° un taux de vaccination de 80 % au niveau de l'ensemble de la population de la région de langue allemande.
- Sans préjudice de l'application de l'alinéa 1^{er}, l'article 5 cesse d'être en vigueur au plus tard le 31 décembre 2022.

Chapitre 4. — *Dispositions finales*

Art. 7 - Conformément à l'article 10.6.3, § 1^{er}, alinéa 4, 3^o, du décret, le présent arrêté est transmis au président du Parlement de la Communauté germanophone immédiatement après son adoption.

Art. 8 - L'arrêté du Gouvernement du 21 janvier 2021 fixant des mesures visant à prévenir la propagation du coronavirus (COVID-19), modifié en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement du 25 mai 2022, est abrogé.

Art. 9 - Le présent arrêté entre en vigueur le jour de son adoption.

Art. 10 - Le Ministre de la Santé est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 25 août 2022.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président, Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances,
O. PAASCH

Le Vice-Ministre-Président, Ministre de la Santé
et des Affaires sociales, de l'Aménagement du territoire et du Logement,
A. ANTONIADIS

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2022/205034]

25 AUGUSTUS 2022. — **Besluit van de Regering tot vaststelling van maatregelen ter voorkoming van de verspreiding van het coronavirus (COVID-19)**

Regering van de Duitstalige Gemeenschap

Gelet op het decreet van 1 juni 2004 betreffende de gezondheidspromotie en inzake medische preventie, artikel 10.4.1, eerste lid, ingevoegd bij het decreet van 10 december 2020 en gewijzigd bij het decreet van 29 oktober 2021, artikel 10.6.1, ingevoegd bij het decreet van 26 april 2021 en gewijzigd bij het decreet van 15 december 2021 en artikel 10.6.3, ingevoegd bij het decreet van 29 oktober 2021;

Gelet op het besluit van de Regering van 21 januari 2021 tot vaststelling van maatregelen ter voorkoming van de verspreiding van het coronavirus (COVID-19);

Gelet op de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973, artikel 3, § 1;

Gelet op de dringende noodzakelijkheid;

Overwegende dat de dringende noodzakelijkheid wordt gewettigd door het feit dat de versoepeling van de verplichtingen inzake tijdelijke afzondering, quarantaine en tests gepaard gaat met een uitbreiding van de grondrechten en dat het derhalve dringend noodzakelijk is deze individuele vrijheden zo snel mogelijk ten uitvoer te leggen; dat bepaalde maatregelen ondanks de versoepeling moeten worden gehandhaafd om redenen van pandemiebeheersing; dat maatregelen moeten worden genomen die zo goed mogelijk aansluiten op de snelle ontwikkeling van de epidemiologische uitgangssituatie en dat daarom beslissingen op basis van zo actueel mogelijke gegevens moeten worden genomen; dat de epidemiologische situatie in het Duitse taalgebied het noodzakelijk maakt bepaalde maatregelen te behouden om de volksgezondheid te beschermen, om overbelasting van de gezondheidszorg te voorkomen en om het sociale leven in zo veilig mogelijke omstandigheden te laten doorgaan; dat de verplichting om

een mondk masker te dragen met toepassing van artikel 3.8, derde lid, van het besluit van de Regering van 21 januari 2021 tot vaststelling van maatregelen ter voorkoming van de verspreiding van het coronavirus (COVID-19) geldt tot eind augustus 2022; dat het dringend noodzakelijk is de verplichting om een mondk masker te dragen nogmaals voor een beperkte periode te verlengen om bijzonder kwetsbare bevolkingsgroepen en de beoefenaars van een gezondheidszorgberoep te beschermen;

Overwegende dat dit besluit bijgevolg zo snel mogelijk moet worden aangenomen;

Op de voordracht van de Minister van Gezondheid;

Na beraadslaging,

Besluit :

Hoofdstuk 1. — *Algemene bepalingen*

Artikel 1 - Voor de toepassing van dit besluit wordt verstaan onder:

1° decreet: het decreet van 1 juni 2004 betreffende de gezondheidspromotie en inzake medische preventie;

2° PCR-test: een moleculaire nucleïnezuuramplificatietest, op basis van technieken zoals reverse transcription polymerase chain reaction (RT-PCR), loop-mediated isothermal amplification (LAMP) en transcription-mediated amplification (TMA), die wordt gebruikt om de aanwezigheid van het ribonucleïnezuur (RNA) van SARS-CoV-2 te detecteren;

3° snelle antigeentest: ook wel RAT genoemd, een test die berust op de detectie van virale eiwitten (antigenen) met behulp van een lateral flow immunoassay die resultaten geeft in minder dan 30 minuten;

4° zone met heel hoog risico: een gebied dat de bevoegde federale overheid heeft aangemerkt als een zone met een heel hoog risico, omdat een zorgwekkende variant daar verantwoordelijk of vermoedelijk verantwoordelijk is voor een aanzienlijk deel van de besmettingen met het coronavirus (COVID-19);

5° zorgwekkende variant: een variant van het coronavirus (COVID-19) die door de Wereldgezondheidsorganisatie als een Variant of Concern is gelabeld;

6° mondk masker: een nauw aansluitend gezichtsmasker zonder uitademingsventiel dat gemaakt is uit stof of wegwerpmateriaal, dat neus, mond en kin bedekt en dat tot doel heeft een besmetting door contact tussen personen te voorkomen.

Hoofdstuk 2. — *Verplichting om in tijdelijke afzondering of in quarantaine te gaan*

Art. 2 - De bepalingen van dit hoofdstuk gelden met behoud van de toepassing van eventuele maatregelen die krachtens artikel 10.3 van het decreet worden genomen.

Art. 3 - § 1 - Met toepassing van artikel 10.6.1, § 1, van het decreet moet iedere persoon die met het coronavirus (COVID-19) besmet blijkt te zijn of bij wie een arts een ernstig vermoeden heeft dat hij met het coronavirus (COVID-19) besmet is, onmiddellijk op zijn hoofdverblijfplaats of op een andere geschikte plaats in tijdelijke afzondering gaan gedurende de periode vermeld in het tweede lid.

De duur van de tijdelijke afzondering vermeld in het eerste lid bedraagt:

1° als er symptomen van het coronavirus (COVID-19) zijn: minimaal zeven dagen na de aanvang van de symptomen, op voorwaarde dat de laatste drie dagen gepaard gingen met een verbetering van de respiratoire symptomen en koortsvrij waren;

2° als er geen symptomen van het coronavirus (COVID-19) zijn: zeven dagen vanaf de datum waarop betrokkene, via een test als bepaald in artikel 1, 2° of 3°, positief wordt getest op het coronavirus (COVID-19).

§ 2 - De personen vermeld in § 1 worden vrijgesteld van de daarin vermelde verplichting om in tijdelijke afzondering te gaan om de volgende noodzakelijke activiteiten te verrichten die niet kunnen worden uitgesteld tot na het verstrijken van de termijn van de tijdelijke afzondering:

1° verplaatsingen voor dringende medische zorg en voor toegang tot geneesmiddelen die niet kunnen worden gedekt door het huisbezoek van een arts;

2° verplaatsingen voor de aankoop van noodzakelijke basisbenodigdheden, maar enkel indien niemand anders daarvoor kan zorgen en enkel in uitzonderlijke gevallen;

3° verplaatsingen in het kader van dringende juridische of financiële aangelegenheden en in het kader van de uitoefening van het ouderlijk gezag, op voorwaarde dat ze worden gestaafd;

4° verplaatsingen in het kader van de dringende en noodzakelijke zorg voor (huis)dieren, maar enkel indien niemand anders daarvoor kan zorgen;

5° verplaatsingen in het kader van een begrafenis.

Personen die hun tijdelijke afzondering voor de duur van de activiteiten vermeld in het eerste lid onderbreken, zijn ertoe verplicht een mondk masker te dragen en op voldoende veilige afstand van anderen te blijven.

Art. 4 - § 1 - Met toepassing van artikel 10.6.1, § 2, van het decreet moet iedere persoon die in de afgelopen veertien dagen vóór zijn aankomst in een zone met heel hoog risico is geweest:

1° na aankomst in het Duitse taalgebied onmiddellijk een PCR-test ondergaan;

2° onmiddellijk op zijn hoofdverblijfplaats of op een andere geschikte plaats in quarantaine gaan tot het testresultaat beschikbaar is;

3° op de zevende dag na aankomst in het Duitse taalgebied een nieuwe PCR-test ondergaan als de eerste PCR-test negatief was.

§ 2 - Volgende personen worden vrijgesteld van de verplichting om een PCR-test te ondergaan:

1° personen die om medische redenen geen PCR-test kunnen ondergaan en dat via een medisch attest bewijzen;

2° personen jonger dan 12 jaar.

De personen vermeld in het eerste lid, 1°, en personen die een PCR-test weigeren te ondergaan, worden geacht met het coronavirus (COVID-19) besmet te zijn en moeten overeenkomstig artikel 3 in tijdelijke afzondering gaan.

De personen vermeld in het eerste lid, 2°, moeten onmiddellijk in quarantaine gaan, in afwachting van de testresultaten van de personen die tijdens de reis voor hen verantwoordelijk waren.

§ 3 - Met behoud van de toepassing van § 2 worden de personen vermeld in § 1 vrijgesteld van de daarin vermelde verplichting om in quarantaine te gaan voor het uitvoeren van de volgende activiteiten die niet kunnen worden uitgesteld tot na de beëindiging van de quarantaine:

1° verplaatsingen voor dringende medische zorg en voor toegang tot geneesmiddelen die niet kunnen worden gedekt door het huisbezoek van een arts;

2° verplaatsingen voor de aankoop van noodzakelijke basisbenodigdheden, maar enkel indien niemand anders daarvoor kan zorgen en enkel in uitzonderlijke gevallen;

3° verplaatsingen in het kader van dringende juridische of financiële aangelegenheden en in het kader van de uitoefening van het ouderlijk gezag, op voorwaarde dat ze worden gestaafd;

4° verplaatsingen in het kader van de dringende en noodzakelijke zorg voor (huis)dieren, maar enkel indien niemand anders daarvoor kan zorgen;

5° verplaatsingen in het kader van een begrafenis.

Personen die voor de duur van de activiteiten vermeld in het eerste lid hun in § 1 beschreven quarantaine onderbreken, zijn ertoe verplicht een mondkmasker te dragen en op voldoende veilige afstand van anderen te blijven.

§ 4 - Met behoud van de toepassing van de §§ 2 en 3 worden volgende personen vrijgesteld van de daarin bepaalde verplichting om in quarantaine te gaan:

1° leden van de diplomatieke en consulaire gemeenschap, titularissen van een functie, verkozenen en officiële vertegenwoordigers van de internationale organisaties en instellingen die in België gevestigd zijn, in het kader van een essentiële activiteit die niet op afstand of per videoconferentie kan worden verricht;

2° staatshoofden en regeringsleiders, regeringsleden, parlementsleden en hoge ambtenaren, diplomatiek, consular en technisch personeel op professionele zending, in het kader van een essentiële activiteit die niet op afstand of per videoconferentie kan worden verricht;

3° personeelsleden van een internationale organisatie of personen die door een dergelijke organisatie zijn uitgenodigd en van wie de fysieke aanwezigheid vereist is voor de goede werking van die organisatie, inclusief inspecteurs van nucleaire installaties;

4° vervoerspersoneel dat belast is met goederenvervoer in de uitoefening van zijn functie, alsook ander vervoerspersoneel in de uitoefening van zijn functie;

5° zeevarenden, de sleepbootbemanning, de loodsen en het industrieel personeel dat in de offshore windmolenparken werkt, op voorwaarde dat ze over een attest van hun werkgever beschikken.

De vermelde personen zijn vrijgesteld van de verplichting om in quarantaine te gaan als ze aan de volgende voorwaarden voldoen:

1° ze hebben geen symptomen van het coronavirus (COVID-19);

2° ze wonen niet samen met een persoon die COVID-19 heeft;

3° ze beperken fysiek contact met andere personen tot het strikte minimum;

4° ze maken geen gebruik van het openbaar vervoer;

5° ze zijn niet in staat om te telewerken;

6° ze zijn verplicht een masker te dragen en op voldoende veilige afstand van anderen te blijven.

Hoofdstuk 3 - Verplichting om een mondkmasker te dragen

Art. 5 - § 1 - Met toepassing van artikel 10.6.3, § 1, eerste lid, 4°, van het decreet is iedere persoon vanaf de leeftijd van 12 jaar in de volgende instellingen of bij het verrichten van de volgende diensten in alle gevallen verplicht zijn mond en neus met een mondkmasker te bedekken, met behoud van de toepassing van §§ 2 en 3:

1° in de ziekenhuizen in het Duitse taalgebied;

2° in de apotheken in het Duitse taalgebied;

3° in dokterspraktijken en medische huizen in het Duitse taalgebied;

4° in het kader van huisbezoeken en thuiszorg, als geen anderhalve meter afstand kan worden gehouden.

§ 2 - Het mondkmasker mag bij gelegenheid worden afgezet tijdens het eten en drinken en als het dragen van het mondkmasker door de aard van de activiteit onmogelijk is.

§ 3 - Personen die om medische redenen geen mondkmasker kunnen dragen en dit met een medisch attest kunnen aantonen, zijn vrijgesteld van de verplichting een mondkmasker te dragen. Die personen mogen een gelaatsscherm dragen. Indien wordt aangetoond dat ook dat om medische redenen niet mogelijk is, zijn ze vrijgesteld van het dragen van een gelaatsscherm.

Art. 6 - Artikel 5 treedt uit werking indien overeenkomstig artikel 10.6.3, § 1, tweede lid, van het decreet elk van de volgende drempelwaarden wordt overschreden en de in 4° vermelde drempelwaarde wordt overschreden:

1° een incidentiewaarde van 100 nieuwe besmettingen met het coronavirus (COVID-19) per 100.000 inwoners gedurende 14 dagen;

2° een positiviteitsratio van 3 % ;

3° een bezettingsgraad van 4,5 patiënten per 100.000 inwoners wat betreft ziekenhuisbedden met patiënten die worden behandeld wegens een besmetting met het coronavirus (COVID-19);

4° een vaccinatiegraad van 80 % op het niveau van de totale bevolking van het Duitse taalgebied.

Met behoud van de toepassing van het eerste lid treedt artikel 5 uiterlijk op 31 december 2022 buiten werking.

Hoofdstuk 4. — *Slotbepalingen*

Art. 7 - Overeenkomstig artikel 10.6.3, § 1, vierde lid, 3°, van het decreet wordt dit besluit, onmiddellijk nadat het is aangenomen, overgezonden aan de voorzitter van het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap.

Art. 8 - Het besluit van de Regering van 21 januari 2021 tot vaststelling van maatregelen ter voorkoming van de verspreiding van het coronavirus (COVID-19), laatstelijk gewijzigd bij het besluit van 25 mei 2022, wordt opgeheven.

Art. 9 - Dit besluit treedt in werking de dag waarop het wordt aangenomen.

Art. 10 - De minister bevoegd voor Gezondheid is belast met de uitvoering van dit besluit.
Eupen, 25 augustus 2022.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President, Minister van Lokale Besturen en Financiën,
O. PAASCH

De Viceminister-President, Minister van Gezondheid
en Sociale Aangelegenheden, Ruimtelijke Ordening en Huisvesting,
A. ANTONIADIS